

EIN STADTTTEIL WIRD VERPLANT = KEIN PLATZ MEHR FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Öffentliche Stadtteilversammlung
im Gemeindehaus der
Trinitatiskirche, Kirchenstr. 40

Mi 14. Februar 2018 ab 18 Uhr

Zur Situation der Kinder- und
Jugendarbeit in
Altona-Altstadt-Süd

Inputs von:

Wolfgang Hammer Dr. phil.
ehemaliger Leiter der Abteilung
Kinder- und Jugendhilfe Hamburg,
Fach-Experte für Kinderschutz,
Kinderrechte und OKJA

Joachim Gerbing Verband Kinder-
und Jugendarbeit Hamburg e.V.
Eltern und Jugendlichen aus dem
Stadtteil

Kathi Zeiger und Ralf Henningsmeyer
GWA St. Pauli e.V.

Moderation: **Petra Barz**

Für Kinderbetreuung ist während der
Veranstaltung auf dem benachbarten
Bauspielplatz gesorgt.

Veranstalter*innen:
Die Freien Träger des Sozialraum-
teams Altona-Altstadt-Süd
c/o GWA St. Pauli e.V.,
Hein-Köllisch-Platz 12, 20359 Hamburg

V.i.S.d.P.: GWA St. Pauli e.V.

Ein Stadtteil wird verplant – kein Platz mehr für Kinder- und Jugendliche! Zur Situation der Kinder- und Jugendarbeit in Altona-Altstadt-Süd

Die geplanten Umstrukturierungen (Randbebauung Trinitatiskirche/ Grünzugplanung Neu-Altona, die Schließung der Stadtteilschule und der Neubau des Struenseegymnasiums mit dem Lycee Francaise) im Sozialraum Altona-Altstadt-Süd haben weitreichende Konsequenzen für die Träger der sozialräumlichen Kinder- und Jugendarbeit und für die hier lebenden Kinder und Jugendlichen und ihre Familien.

Die o.g. Planungen haben problematische Auswirkungen für die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und für die über Jahrzehnte gewachsenen und gut funktionierenden Vernetzungsstrukturen im Quartier. Eine Verschlechterung der Angebotsqualität bezüglich der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten und Ressourcen der betroffenen Einrichtungen ist zu befürchten.

Das Entstehen von zwei Gymnasien an Stelle der bisherigen Stadtteilschule verbunden mit der massiven Bebauung an der Trinitatis-Kirche verändert den Stadtteil grundlegend. Sowohl die Gymnasien als auch die neuen kirchlichen Einrichtungen orientieren sich in erster Linie an den Bedarfen von Personengruppen außerhalb des Sozialraums und nicht an denen der Menschen im Quartier.

Statt einer langfristig angelegten Jugendhilfeplanung wird kurzfristig und intransparent agiert. Die unzureichende Personalsituation und die ungewisse Zukunft des Jugendclubs werden dazu führen, dass keine verlässliche Arbeit mehr stattfinden kann. Auch für die Straßensozialarbeit ist zu befürchten, dass nicht mehr in ausreichender Form auf die Probleme und Bedarfe der Jugendlichen vor Ort eingegangen werden kann.

Der sehr gut akzeptierte Bauspielplatz Hexenberg soll von dem optimal gelegenen Standort verlagert werden, weil für die kirchlichen Neubauten ein grünes Umfeld in Absprache mit dem Bezirk geplant wurde. Als Alternativstandorte wurden zwei völlig ungeklärte Flächen vorgeschlagen. Der Platz direkt am jüdischen Friedhof ist in Frage gestellt, wenn das Areal zum Weltkulturerbe erklärt wird. Dazu kommt eine nicht durchdachte Gefährdungssituation durch den Übergang an der Königstraße. Die zweite Alternative am frequentierten Durchgang zum Fischmarkt an der Breiten Straße steht auf unsicherem Untergrund, für den zunächst aufwändige Bodenuntersuchungen erforderlich sind. Weitere Alternativstandorte wurden nicht mitgeplant.

*Die Bewohner*innen des Quartiers, die Kinder und Jugendlichen und die Träger der sozialen Arbeit wurden gar nicht oder nur am Rande an den seit Jahren bekannten Planungen beteiligt. Zu den Veränderungen im Struenseequartier fanden durch die Schulbehörde keine und durch den Bezirk nur unzureichende Beteiligungsformen statt. Die Veranstaltungen zu den Bauvorhaben an der Trinitatiskirche wurden nur in deutscher Sprache und sehr begrenzt öffentlich bekannt gegeben. Der Träger des Bauis Hexenberg wurde in die Überlegungen zur Verlegung des Standortes nicht mit einbezogen, sondern lediglich über die feststehenden Planungen informiert.*

Fazit: Es besteht auf Seiten der Planer*innen in Behörden, Politik und Kirche aus unserer Sicht kein Interesse, den Kindern und Jugendlichen und ihren Familien angemessenen Platz zu geben, ihre Meinung zu artikulieren und ernst genommen zu werden. Es gibt keinen Platz mehr für eine Stadtteilschule und für die Straßensozialarbeit. Ein neuer Standort für den Bauspielplatz ist nicht gesichert.